



## «Die Ansprüche an den Staat sind immer mehr gestiegen»

**Initiative «für mehr Musikvielfalt»** Franziskus Theurillat, Direktor des Sinfonieorchesters Basel, spricht über faire Löhne, Konzerte für Babys und einen möglichen Numerus clausus für die Musikausbildung.



«Es ist nicht sicher, dass das Parlament mehr Geld spricht»: Orchesterdirektor Franziskus Theurillat sieht die Basler Kulturfinanzierung langfristig auf dem Prüfstand. Foto: Dominik Pflüß

### Mélanie Honegger

**Herr Theurillat, die Initiative für mehr Musikvielfalt fordert, dass das freie, nicht-institutionelle Musikschaffen in Basel mindestens ein Drittel des jährlichen Musikbudgets erhält. Was löst der Vorschlag bei Ihnen aus?**

Das Anliegen der ausgewogenen Förderung, das der Initiative zugrunde liegt, kann ich nur unterstützen. Vielfalt sowieso auch. Das ist ja das Trägerische. Ich habe gemischte Gefühle. Ich kann das Anliegen unterstützen, aber die Initiative in ihrer jetzigen Form nicht.

### Warum nicht?

Man müsste einmal definieren, was ausgewogene Förderung bedeutet. Vor allem aber ist die Initiative ungerecht den Kulturschaffenden anderer Kultursparten gegenüber.

### Weshalb?

Weil es nur um Musik geht. Was sollen jene in der freien Theaterszene sagen? Oder in der bildenden Kunst oder der Literatur? Und, und, und.

**Die Initianten sagen, dass man auch für diese Menschen eine Lösung finden könnte. Sie würden sich dafür einsetzen,**

**dass das Budget entsprechend erhöht wird.**

Wo steht das? Zeigen Sie mir das. Genau das ist der Punkt. Noch bevor die Initianten die Initiative lanciert haben, gab es eine Gesprächsrunde. Sie hätten uns gerne im Boot gehabt. Und sie hätten uns auch im Boot haben können. Aber so wie die Initiative formuliert ist, können wir sie nicht unterstützen. So gesehen, läuft es auf einen Verteilungskampf hinaus. Wir haben den Initianten dargelegt, wie die Initiative formuliert sein müsste, damit wir diese auch unterstützen. Offenbar geht es eben nicht nur darum, Fördermittel zu erwirken. Es geht



darum, das Fördersystem grundsätzlich infrage zu stellen. Das sind zwei verschiedene Dinge. Wenn es eine ideologische Sache wird, fängt man an, Dinge zu vermischen. Das finde ich grundsätzlich nicht gut.

**Sie wissen nicht, wie die Initiative schlussendlich umgesetzt würde. Was würde eine Umverteilung für Sie und Ihr Orchester bedeuten?**

Gehen wir einmal vom Worst Case aus. Regierungspräsident Conradin Cramer hat klar gesagt, dass es nicht mehr Geld gibt. Wenn diese Vorlage angenommen wird, werden die vorhandenen Mittel umverteilt. Dann müssen wir unsere Kosten um 30 Prozent senken. In einem Betrieb, in dem rund 85 Prozent Personalkosten sind, wird es nicht ohne Personalabbau machbar sein. Je nach Höhe der einzusparenden Mittel reden wir von einem Abbau von 15 bis 20 Stellen. Das ist massiv. Wir wären nicht mehr in der Lage, unseren Leistungsauftrag zu erfüllen und Produktionen wie einen «Ring» am Theater Basel oder andere grosse Opern und Ballette zu spielen. Das Aufführen des grossen sinfonischen Repertoires von der späten Klassik bis zur Moderne gehört zu unserem Leistungsauftrag. Das ist dann nicht mehr möglich. Und der andere Punkt ist: Die Initianten schaden sich damit selber.

**Warum?**

Wir engagieren jedes Jahr rund 300 Musikerinnen und Musiker aus der freien Szene, viele davon mehrfach. Da werden pro Jahr je nach Programm 600'000 bis zu einer Million Franken für Honorare bezahlt. Dieses Geld wird auch nicht mehr vorhanden sein. Wir werden wesentlich kleinere

Brötchen backen müssen. Auch aus dem Theater fließen etwa 1,2 Millionen Franken pro Jahr zurück in die freie Szene, durch das Engagieren von Fremdensembles. Viele Musikerinnen und Musiker in Ensembles sind zumindest teilweise freischaffend.

**Man könnte aber auch sagen: Sie brauchen keine Angst zu haben. Die Orchester haben im Parlament einen guten Stand. Es ist wahrscheinlich, dass der Grosse Rat das Budget aufstocken wird.**

Hören Sie mal. In vielen Bereichen ist der Bedarf an zusätzlichen Mitteln gross, zum Beispiel im Gesundheitsbereich, aber auch im Sicherheitsbereich oder im Bildungsbereich. So funktioniert das doch heute nicht mehr. Das neue Biozentrum hat fast 200 Millionen Mehrkosten generiert. In einer wirtschaftlich sehr angespannten Zeit gibt es keine Sicherheit. Basel geht es wegen der Life Sciences gut, ja, im Moment. Ob das in zwei, fünf oder mehr Jahren auch noch so ist, sehen wir dann. Stellen Sie sich einmal vor, rein hypothetisch, Novartis wäre in fünf Jahren in den USA zu Hause. Dann bricht brutal viel weg, und es sieht wirtschaftlich anders aus. Darum: Nein, es ist nicht sicher, dass das Parlament mehr Geld spricht.

**Gehen wir davon aus, dass das Parlament tatsächlich mehr Geld spricht.**

Gut. Die Linken machen einen Vorstoss, die Bürgerlichen wollen das Sinfonieorchester retten, also macht man zähneknirschend die Faust im Sack wie jetzt beim Kunstmuseum. Was machen wir dann, wenn es ein Referendum gibt und das Ganze erneut vor dem Volk landet? Dann gibt es

ein Preisschild. Ich würde nicht darauf wetten, dass die Bevölkerung dann bei der aktuellen Kostenentwicklung wie Teuerung und höheren Gesundheitskosten mitmachen wird. Aber ja, es gibt Parlamentarierinnen, die im Initiativkomitee sind und die überzeugt sind, dass es vom Parlament mehr Geld gibt. Ich bin nicht so überzeugt davon.

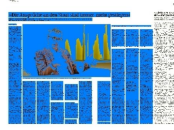
**Die Frage ist ja auch: Was würde das langfristig bedeuten? Fairere Honorare sind im ganzen Kulturbereich ein Thema. Wie kann man das langfristig lösen?**

Wie man das lösen kann, kann ich Ihnen auch nicht sagen. Aber eine Prognose kann ich machen. Unsere Gesellschaft verändert sich zunehmend stark. In den letzten 25 Jahren hat sich schon viel verändert. Und da gebe ich den Initianten recht: Es wird sich viel verändern in den nächsten fünf, zehn Jahren. Die Ansprüche an den Staat sind immer mehr gestiegen. Da wird sich notgedrungen viel verändern, auch im Kulturbereich. Da bin ich überzeugt.

**Was heisst das konkret?**

Ich kann nicht in die Kristallkugel blicken. Aber die Strukturen, die wir seit vielen Jahrzehnten gewohnt sind, werden wir in einigen Jahren vermutlich nicht mehr haben. Wir müssen aufpassen, dass das Kulturgut, aus dem wir uns entwickelt haben, nicht verloren geht. Das wird in der Zukunft eine Herausforderung sein. Dass wir der Entwicklung der Gesellschaft Rechnung tragen, ohne unsere Vergangenheit zu vergessen.

**Kommen wir noch einmal zurück zu den konkreten Zahlen. Die Initianten sagen, 90 Prozent des Musikbudgets**



**fließen in die Klassik. Für den Kanton sind es 75 Prozent. So oder so: Selbst die Regierung, die ja gegen die Vorlage ist, spricht von einem historisch gewachsenen Ungleichgewicht. Ist das fair?**

Das ist die falsche Frage. Was heisst historisch gewachsen? Das hat mit unserer Gesellschaft und unserer Vergangenheit zu tun. Was heute Popkultur ist, war früher die Klassik. Das ist ein Kulturgut von uns, das man über viele Generationen gepflegt hat. Ob das nun gerecht ist oder nicht? Ich sehe das vielleicht anders als andere. Ich komme nun mal aus diesem Kulturbereich. Was wir erhalten, liegt im nationalen Vergleich absolut in der Norm. Wir sind eine Institution, die sich die Bevölkerung offenbar leisten will. Die Volksvertreter diskutieren darüber alle vier Jahre und entscheiden in demokratischer Weise.

**Sie gehen davon aus, dass sich die Lage langfristig ohnehin verändert. Heisst das, dass Sie sich um Ihr Orchester Sorgen machen?**

Nicht Sorgen, Gedanken schon. Gibt es unsere Orchester, wie wir sie heute kennen, in zehn oder zwanzig Jahren noch? Stellen Sie sich vor, wie das iPhone unsere Gesellschaft verändert hat. Es ist unglaublich, wie schnell sich die Dinge verändern.

**Ist ein Orchester denn noch zeitgemäss?**

Unsere Konzerte sind praktisch ausverkauft. Auch beim Kammerorchester ist das Stadtcasino ausverkauft. Selbst bei Orchestern, die weniger gefördert werden, ist es fast immer voll. Wäre es nicht mehr zeitgemäss, hätten wir leere Säle.

**Basel ist also nicht**

**klassikübersättigt?**

Das ist eine andere Frage. *(lacht)* Im Vergleich zu anderen Städten ist das Angebot schon sehr, sehr gross. Es liegt nicht an mir, das zu beurteilen.

**Im Gesundheitsbereich fragt man sich ja auch, ob es nicht zu viele Spitäler gibt.**

Ja, genau. Also übertrage ich das mal: Auf nationaler Ebene haben wir vierzehn Berufsorchester. Im Vergleich zu Deutschland ist das nichts, die haben im Verhältnis viel mehr Berufsorchester. In New York, das mehr Einwohner zählt als die Schweiz, gibt es nicht halb so viele Berufsorchester wie in der Schweiz. Darum sage ich: Da wird sich in den nächsten Jahren noch einiges entwickeln.

**Die Frage ist doch, was macht man damit? Kann die Vielfalt auch zu gross sein?**

Letztendlich regelt das der Markt. Wenn wir über die Finanzierung mit öffentlichen Geldern sprechen, dann braucht es die Volksvertreter. Sie werden irgendwann nicht mehr um die Frage herumkommen, für welche Kultur das Geld nicht mehr reicht. Sie müssen sich entscheiden: Diese Kultur wollen wir noch finanzieren, aber für jene Angebote reicht es nicht mehr. Kulturpolitik ist nun mal selektiv.

**Die Initianten argumentieren unter anderem mit der erstklassigen Musikausbildung in Basel. Es sei im Sinne des Kantons, dass die Leute mit einer teuren Ausbildung auch eine Anschlusslösung hätten.**

Das geht in Richtung bedingungsloses Grundeinkommen. Es erinnert an Frankreich. Dort hatten Leute mit einer Lehrerausbil-

dung mit Sicherheit eine Stelle. Ich finde das problematisch. Da können Sie jede andere Branche nehmen, jedes Studium, ob BWL, Architektur, Grafik oder andere. Wenn Sie mit einer Ausbildung Anrecht auf eine entsprechende Stelle haben, von der Sie leben können, dann ist das Planwirtschaft. Ich finde das nicht richtig.

**Bilden wir zu viele Leute aus im Musikbereich?**

Das ist eine andere Frage. Natürlich könnte man wie in der Medizin einen Numerus clausus einführen. Ob das allerdings die Lösung ist, wage ich zu bezweifeln.

**Sie sagen, das Sinfonieorchester werde nicht vergoldet. Wie viel verdient jemand in Ihrem Orchester im Schnitt?**

Wir haben ein gestaffeltes System wie überall auch. Man fängt bei rund brutto 6600 Franken an bei einem 100-Prozent-Pensum. Es gibt allerdings die Tendenz, dass das Bedürfnis nach Teilzeitarbeit zunimmt. Das ist aber grundsätzlich auf dem Arbeitsmarkt zu beobachten. Wenn jemand 21 Jahre oder mehr bei uns ist, kann sich der Lohn auf bis zu 8800 Franken erhöhen. Es gilt aber zu bedenken, dass festangestellte Orchestermitglieder, ob bei uns oder woanders, nicht die Freiheit haben, zu entscheiden, was sie spielen wollen und was nicht, und unter welchen Bedingungen es toll ist und unter welchen nicht. Mit einem 100-Prozent-Pensum können Sie nicht sagen, darauf habe ich jetzt aber keine Lust. Sie sind quasi eine «Schachfigur». Sie werden eingesetzt und spielen

Wagner im Orchestergraben, mit einer wahnsinnigen Lautstärke, die Spitzenwerte von 130 Dezibel hat. Wenn Sie drei Wochen lang nur «Siegfried» und «Götterdäm-



merung» in einem gedeckelten Orchestergraben spielen, ist das sehr belastend und nicht wahn-sinnig lustig.

### **Aber der Lohn ist im Vergleich zu anderen Musikern gut.**

Ja, das ist so. Sie können davon leben.

**Sprechen wir über Ihr Angebot. Kürzlich hat das Sinfonieorchester mitgeteilt, dass es neu auch Konzerte für Kleinkinder und Livekonzerte für Yogastunden anbietet. Gehört das zu den Aufgaben eines staatlich subventionierten Orchesters?**

Wir haben im Leistungsauftrag den Bereich Vermittlung für ein breites Publikum, insbesondere für das junge Publikum. Musik-

**«Ich kann das Anliegen unterstützen, aber die Initiative in ihrer jetzigen Form nicht.»**

vermittlung beim Sinfonieorchester beinhaltet Projekte, mit denen Brücken gebaut werden: zur Musik und zu Menschen

durch Musik. Im Schulalter haben wir schon diverse Angebote. Für Kleinkinder und Kinder im Vorschulalter gab es bisher noch nichts. Wir versuchen, neue Dinge auszuprobieren. Ich gebe Ihnen recht, das könnten auch die kleineren Orchester anbieten. Das tun sie aber nicht.

**Man könnte auch sagen: Es ist relativ teuer, ein Sinfonieorchester für eine Yogastunde zu bezahlen.**

Die Kosten sind überschaubar. Nebst der Yogalehrerin sind es nur ein bis zwei Personen, die spielen. Offenbar gibt es eine Nachfrage, die Stunden sind ausgebucht. Da scheint es tatsächlich ein Bedürfnis zu geben.

**Und was ist mit den Babykonzerten?**

Sie meinen die Krabbelkonzerte. Das wissen wir noch nicht, weil das erst noch kommen wird. Wir probieren das jetzt mal aus. Danach evaluieren wir das. Wenn das finanziell nicht funktioniert, nehmen wir das wieder aus dem Angebot raus.

**Was ist mit Freischaffenden, die pro Monat nur 2500 Franken verdienen?**

In der Klassik muss ein Orchester Richtgagen bezahlen, wenn es staatliche Gelder bekommt. Da gelten entsprechende Auflagen, und die Auftraggeber müssen gemäss den Vorgaben des Schweizerischen Musikerverbands honorieren. Bei Sonart, dem Berufsverband für Populärmusik, gibt

es das nicht. Die beiden Verbände müssten sich überlegen, ob sie diese Frage nicht zusammen angehen wollen. Es bräuchte auch in der Populärkultur Richtgagen. Das würden wir unterstützen.

**Von den Initianten heisst es, dass Auftraggeber oft entsprechend budgetieren, um staatliche Subventionen zu bekommen. Bezahlt wird dann aber doch weniger.**

Das kann ich nicht beurteilen. Ich finde das natürlich in höchstem Masse unläuter, wenn das tatsächlich so wäre. Da gibt es vielleicht eine Definitionslücke.

**Gäbe es weniger Vielfalt, wenn sich alle an die Richtgagen halten würden?**

Das ist so. Dann würde der Markt spielen. Die Initianten messen mit ungleichen Ellen. Wir haben Vorgaben, ein Arbeitsgesetz und rahmenvertragliche Regelungen, an die wir uns zu halten haben. Diese Rahmenbedingungen schränken die Flexibilität durchaus entsprechend ein, wobei ich die Erfahrung gemacht habe, dass mit den Sozialpartnern immer eine Lösung gefunden wurde, um ein Projekt zu realisieren, für das die Rahmenbedingungen für kurze Zeit aussen vor gelassen werden mussten. Wir könnten uns so etwas wie das Nichtbezahlen von vereinbarten Gagen niemals erlauben.

Lesen Sie nächste Woche die Argumente der Befürworter.



## Darum geht es

Die Volksinitiative «Für mehr Musikvielfalt» verlangt, dass der Kanton das freie Musikschaffen mit mindestens einem Drittel des gesamten Förderbudgets im Bereich Musik fördert und Vergabeprozesse und Förderstrukturen anpasst. Bis anhin war das nicht so: Im Jahr 2022 investierten die Abteilung Kultur und der Swisslos-Fonds Basel-Stadt rund 23,7 Millionen Franken in die Musik. Die grössten Beträge gingen ans Sinfonieorchester Basel (9,7 Mio. Franken) und an die Orchesterdienste des Theaters Basel (6,7 Mio. Franken). Bei einer Annahme der Initiative würde neu ein Drittel des Budgets in das freie Musikschaffen – also nicht zu den Institutionen – fliessen. Der Initiativtext lässt offen, ob dieses Drittel über eine Umverteilung der Gelder oder über eine Aufstockung des Kulturbudgets erfolgen soll. Nach eigener Angabe müsste der Kanton bei Annahme der Initiative rund 6 bis 8 Millionen Franken neu verteilen oder das Kulturbudget entsprechend aufstocken. *(mel)*

## Basler Grosser Rat hält an kantonaler Medienförderung fest

**Medienlandschaft in der Krise** Der Basler Grosse Rat will entgegen der Auffassung der Regierung an einer kantonalen Medienförderung festhalten. Gegen die Abschreibung eines entsprechenden Vorstosses haben sich neben den Grünliberalen, die den Vorstoss eingebracht hatten, die SP, das Grün-Alternative Bündnis und die Fraktion der Mitte/EVP ausgesprochen.

Wirtschaftsdirektor Kaspar Sutter (SP) bezeichnete die Basler Medienlandschaft trotz der allgemein wahrgenommenen Krise

der Branche als vielfältig. Die Förderung regionaler Medien könne, soweit überhaupt notwendig, nicht Aufgabe eines Kantons sein, weil sie sonst der Gefahr der politischen Abhängigkeit vom Staat ausgesetzt würden. Dieses Argument nahmen auch die Sprecher der FDP und der SVP auf. Luca Urgese (FDP) wies auf die Probleme bei der Festlegung der Förderkriterien hin. Und Joël Thüring (SVP) sagte, dass sich die regionalen Medien halt nach den Bedürfnissen und Konsumgewohnheiten der Nutzerschaft ausrichten

müssten. Die Befürworter des Vorstosses sahen sich sehr wohl einer prekären Lage der Regionalmedien und des Lokaljournalismus gegenüber, wie sich Johannes Sieber (GLP) ausdrückte. Lisa Mathys (SP) nannte als mögliches Fördergefäss die Ausbildung von Journalisten, bei der die Gefahr der Abhängigkeit vom Staat minimiert werden könnte.

Mit 57 zu 33 Stimmen bei einer Enthaltung lehnte der Rat den Antrag der Regierung auf Abschreibung des Vorstosses ab. *(and/SDA)*